

Breithaupt

**Sammlung
von Entscheidungen
aus dem Sozialrecht**

10/2025
114. Jahrgang
OKTOBER 2025

Begründet 1912 von Geh. Regierungsrat
Hermann Breithaupt, weiland ständiges
Mitglied des Reichsversicherungsamtes

Schriftleitung: Susanne Kunz, Richterin am Bayerischen Landessozialgericht;
Verlag: Richard Boorberg Verlag GmbH & Co KG,
Stuttgart · München · Hannover · Berlin · Weimar · Dresden

INHALTSVERZEICHNIS

Heft 10/2025

Entscheidungen (Leitsätze)

(geordnet nach Rechtsvorschriften)

**Sozialgesetzbuch I
– Allgemeiner Teil –**

§ 11 SGB I s. Art. 2 Abs. 2 Buchst. a, Art. 4 Nr. 2, Art. 12 Abs. 3 Satz 1, Art. 15 Abs. 1 und Abs. 3, Art. 77 ff., Art. 79 Abs. 1, Art. 82 Abs. 1, Erwägungsgrund 75 und 85 Satz 1 VO (EU) Nr. 679/2016 *Breith. 2025, 916*

§§ 53 Abs. 2, 56, 58 Satz 1 SGB I s. §§ 4 Abs. 1, 33, 40 Abs. 4 SGB XI

Breith. 2025, 845

**Sozialgesetzbuch III
– Arbeitsförderung –**

§ 151 Abs. 5 SGB III; Art. 20 GG

1. Ist der Arbeitslose nicht mehr bereit oder nicht mehr in der Lage, die im Bemessungszeitraum entfallende Zahl von Arbeitsstunden zu leisten, so führt dies nach § 151 Abs. 5 SGB III zu einer entsprechenden Minderung des Bemessungsentgelts. Das ist u.a. dann der Fall, wenn der Arbeitslose aufgrund seines eingeschränkten Leistungsvermögens und seiner Betreuer Tätigkeit dem allgemeinen Arbeitsmarkt wöchentlich nur noch 20 Stunden zur Verfügung steht.

2. Dies gilt unabhängig davon, ob die Leistungsminderung vor dem Bemessungszeitraum, in dem Bemessungszeitraum oder danach eingetreten ist. Maßgebend ist lediglich, ob der Arbeitslose während der Arbeitslosengeld-Bezugszeit die Anzahl von Arbeitsstunden wöchentlich erbringen kann, die im Bemessungszeitraum für seine Beschäftigungsverhältnisse bestimmend war.

LSG Hamburg, Urt. v. 26.3.2025 – L 2 AL 15/24 –

Breith. 2025, 913

Sozialgesetzbuch V – Gesetzliche Krankenversicherung –

§ 5 Abs. 1 Nr. 11 SGB V; §§ 31, 33 Abs. 1 und 3, 36 SGB X; §§ 54 Abs. 1, 4, 5, 55 Abs. 1 Nr. 1, 66 Abs. 2 Satz 1, 95, 123, 140 Abs. 1 Satz 1, 157, 202 Satz 1 SGG; § 133 BGB; § 301 ZPO

1. Ist bereits die mit der Klage begehrte Auskunft mehrfach erteilt worden, fehlt die Klagebefugnis für eine darüber hinaus gehende, der Rechtsauffassung des Nachsuchenden entsprechenden Rechtsauskunft.

2. Die Rahmenfrist in § 5 Abs. 1 Nr. 11 SGB V beginnt mit der erstmaligen Aufnahme einer Erwerbstätigkeit; diese kann auch eine Tätigkeit als Beamter sein.

LSG Saarland, Urt. v. 26.2.2025 – L 2 KR 20/24 –

Breith. 2025, 833

§§ 10 Abs. 3, 224 Abs. 1, 240 Abs. 1 Satz 1 und 2, Abs. 2 Satz 1, Abs. 5 Satz 1 SGB V; § 57 Abs. 4 Satz 1, 59 Abs. 4 Satz 1 SGB XI; Art. 3 Abs. 1, Art. 6 Abs. 1 GG

Die Berücksichtigung der Hälfte des Einkommens des selbstständig tätigen, privat krankenversicherten Ehepartners bis zur Höhe der hälftigen Beitragsbemessungsgrenze im Rahmen der Beitragsberechnung des einkommenslosen kindererziehenden freiwillig krankenversicherten Ehepartners verstößt nicht gegen Verfassungsrecht.

BSG, Urt. v. 20.2.2024 – B 12 KR 1/23 R –

Breith. 2025, 852

Sozialgesetzbuch VI – Gesetzliche Rentenversicherung –

§ 46 Abs. 2 und 2a SGB VI; § 202 SGG; § 292 ZPO

1. Ist eine potenzielle lebensbedrohliche Erkrankung zum Zeitpunkt der Eheschließung bekannt gewesen, ist der Ausnahmetatbestand des § 46 Abs. 2a Halbs 2 SGB VI in der Regel nicht erfüllt.

2. Ein Grund gegen die Annahme einer Versorgungsabsicht ist nicht darin zu sehen, dass der Tod des Versicherten nicht als unmittelbare Folge dieser Erkrankung eintritt. Es kommt allein auf die Motivation im Zeitpunkt der Eheschließung an, welche von späteren Ereignissen unberührt bleibt.

LSG Mecklenburg-Vorpommern, Urt. v. 24.4.2025 – L 4 R 189/19 –

Breith. 2025, 883

Sozialgesetzbuch VII
– Gesetzliche Unfallversicherung –

§§ 2 Abs. 1 Nr. 1, 8 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 2 Nr. 1 und Nr. 5 SGB VII; § 611a Abs. 1 Satz 1 BGB

Auch wenn Unternehmer und Beschäftigte es nicht in der Hand haben, unmittelbar über den Umfang des Unfallversicherungsschutzes zu bestimmen, kann das Beschäftigungsverhältnis im Rahmen des rechtlich Zulässigen durch arbeitsvertragliche Vereinbarungen gestaltet werden, welche mittelbare Auswirkungen auf den Unfallversicherungsschutz haben können.

BSG, Urt. v. 27.6.2024 – B 2 U 8/22 R –

Breith. 2025, 865

§ 8 Abs. 1 SGB VII

1. Ein durch Kaffeetrinken entstandenes Verschlucken mit einer Hustensynkope kann ein Arbeitsunfall sein.

2. Die Voraussetzungen dafür sind erfüllt, wenn das Kaffeetrinken in einem betrieblich organisierten Zusammenhang erfolgt und das nachfolgende Verhalten – fluchtartiges Verlassen des betrieblichen Raumes zum Aushusten des eingeatmeten Kaffees – durch die betrieblichen Umstände geprägt ist.

LSG Sachsen-Anhalt, Urt. v. 22.5.2025 – L 6 U 45/23 –

Breith. 2025, 861

Sozialgesetzbuch X
– Sozialverwaltungsverfahren und Sozialdatenschutz –

§§ 31, 33 Abs. 1 und 3, 36 SGB X s. § 5 Abs. 1 Nr. 11 SGB V *Breith. 2025, 833*

§ 34 Abs. 1 und 3, 39 Abs. 2 SGB X s. §§ 4 Abs. 1, 33, 40 Abs. 4 SGB XI

Breith. 2025, 845

Sozialgesetzbuch XI
– Soziale Pflegeversicherung –

§§ 4 Abs. 1, 33, 40 Abs. 4 SGB XI; §§ 53 Abs. 2, 56, 58 Satz 1 SGB I; § 34 Abs. 1 und 3, 39 Abs. 2 SGB X; § 398 BGB

1. Der Vermieter hat gegen die Pflegekasse keinen eigenen Leistungsanspruch auf Zuschüsse für vorfinanzierte wohnumfeldverbessernde Maßnahmen.

2. Beim Tod des versicherten Pflegebedürftigen wird dessen Anspruch gegen die Pflegekasse vererbt.

3. Voraussetzung für eine wirksame Abtretung an den Vermieter ist u.a., dass der Erstattungsanspruch des Pflegebedürftigen festgestellt ist.

LSG Sachsen-Anhalt, Urt. v. 27.1.2025 – L 1 P 14/23 –

Breith. 2025, 845

§§ 57 Abs. 4 Satz 1, 59 Abs. 4 Satz 1 SGB XI s. §§ 10 Abs. 3, 224 Abs. 1, 240 Abs. 1 Satz 1 und 2, Abs. 2 Satz 1, Abs. 5 Satz 1 SGB V *Breith. 2025, 852*

Sozialgesetzbuch XIV – Soziale Entschädigung –

§§ 74 ff. SGB XIV

1. Auch im Rahmen des Sozialen Entschädigungsrechtes kommt die Erstattung von Kosten häuslicher Pflegehilfe nur bei Pflegekräften, die die Voraussetzungen des § 36 Abs. 4 Satz 2 SGB XI erfüllen in Betracht.

2. Anderes gilt lediglich im Arbeitgebermodell nach § 76 Abs. 1 SGB XIV, das einen Versorgungsvertrag nicht voraussetzt.

3. Bei Überschneidungen im Leistungsinhalt zwischen Eingliederungshilfeleistungen und Leistungen zur Pflege ist auch im SGB XIV maßgeblich, worin die jeweilige Leistung ihren Schwerpunkt hat, dabei sind die unterschiedlichen Zwecke von Eingliederungshilfe und Pflege zu berücksichtigen.

LSG Baden-Württemberg, Beschl. v. 20.5.2025 – L 6 VE 1517/25 ER-B –

Breith. 2025, 890

Künstlersozialversicherungsgesetz

§§ 1, 2 Satz 1 KSVG

Tätowierern, bei denen der Entwurf des individuellen Motivs und dessen Umsetzung in einem Tattoo als Unikat zu einem Gesamtkunstwerk verwoben sind, ist der Zugang zur Künstlersozialversicherung eröffnet.

BSG, Urt. v. 27.6.2024 – B 3 KS 1/23 R –

Breith. 2025, 849

Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetz

§ 1 Abs. 1 AAÜG

Ein Diplomabschluss als Wärmeenergetiker für Automatisierungstechnik nach einem Hochschulstudium in der UdSSR erfüllt die persönliche Voraussetzung für eine fingierte Zusatzversorgungsanwartschaft zur zusätzlichen Altersversorgung der technischen Intelligenz nicht, wenn der Berechtigte zu DDR-Zeiten bis 30.6.1990 über keine Genehmigung zur Führung des Titels Ingenieur nach DDR-Recht verfügte.

LSG Sachsen, Urt. v. 12.6.2025 – L 7 R 25/25 ZV –

Breith. 2025, 872

Asylbewerberleistungsgesetz

§§ 1a Abs. 3, 14 Abs. 1 und 2 AsylbLG

1. Gibt ein vollziehbar ausreisepflichtiger Ausländer einen in seinem Besitz befindlichen Reisepass trotz hinreichend konkreter Aufforderungen der Behörde nicht heraus, so ist der Tatbestand des § 1a Abs. 3 AsylbLG erfüllt.

2. Beginnt der Zeitraum der Leistungsminderung nicht mit der Vollziehbarkeit der Abschiebeandrohung, so verstößt eine sechsmonatige Befristung nicht gegen § 14 AsylbLG.

3. Die Leistungsminderung nach § 1a Abs. 1 AsylbLG verstößt nicht gegen das Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums nach Art. 1 Abs. 1 GG i.V.m. Art. 20 Abs. 1 GG. Es ist nicht verfassungswidrig, ausländerrechtliche Pflichten durch eine Leistungskürzung umzusetzen (Abgrenzung von BVerfG, Urt. v. 5.11.2019 – 1 BvL 7/16 und BVerfG, Beschl. v. 12.5.2021 – 1 BvR 2682/17). Die Beschränkung des Grundrechts ist zur Durchsetzung von derartigen Mitwirkungshandlungen geeignet und erforderlich und in der Höhe auch noch angemessen (Festhalten an: SG Osnabrück, Gerichtsbescheid v. 9.4.2021 – S 44 AY 77/19).

4. Die Leistungsminderung nach § 1a Abs. 1 AsylbLG verstößt nicht gegen Europarecht. Es liegt kein Verstoß gegen Art. 14 Abs. 1 EGRL 115/2008 vor. Die abgesenkte Leistungsgewährung nach § 1a Abs. 1 AsylbLG gefährdet nicht die Gesundheitsvorsorge (Abgrenzung von: EuGH, Urt. v. 30.9.2020 – C-402/19). Eine Ergebniskontrolle nach Art. 1 GRC ist bei einer Leistungsminderung (im Gegensatz zu einer Leistungsablehnung) nicht geboten (Abgrenzung von: EuGH, Urt. v. 15.7.2021 – C-709/20).

SG Osnabrück, Beschl. v. 15.5.2025 – S 44 AY 10/25 ER – *Breith. 2025, 902*

Sozialgerichtsgesetz

§§ 54 Abs. 1, 4, 5, 55 Abs. 1 Nr. 1, 66 Abs. 2 Satz 1, 95, 123, 140 Abs. 1 Satz 1, 157, 202 Satz 1 SGG s. § 5 Abs. 1 Nr. 11 SGB V *Breith. 2025, 833*

§§ 54 Abs. 5, 55 Abs. 1 Nr. 1, 183, 197a Abs. 1 SGG s. Art. 2 Abs. 2 Buchst. a, Art. 4 Nr. 2, Art. 12 Abs. 3 Satz 1, Art. 15 Abs. 1 und Abs. 3, Art. 77 ff., Art. 79 Abs. 1, Art. 82 Abs. 1, Erwägungsgrund 75 und 85 Satz 1 VO (EU) Nr. 679/2016 *Breith. 2025, 916*

§ 153 Abs. 4 Satz 2 und Abs. 5 SGG

Eine gerichtliche Anhörung zu einer geplanten, im Verfahrensgesetz vorgesehenen Verfahrensweise, ist regelmäßig nicht geeignet, eine Befangenheit des Gerichts zu vermuten.

Bay. LSG, Beschl. v. 25.9.2024 – L 16 SF 210/24 AB – *Breith. 2025, 927*

§ 202 SGG s. § 46 Abs. 2 und 2a SGB VI *Breith. 2025, 883*

Verwaltungsgerichtsordnung

§ 154 VwGO s. Art. 2 Abs. 2 Buchst. a, Art. 4 Nr. 2, Art. 12 Abs. 3 Satz 1, Art. 15 Abs. 1 und Abs. 3, Art. 77 ff., Art. 79 Abs. 1, Art. 82 Abs. 1, Erwägungsgrund 75 und 85 Satz 1 VO (EU) Nr. 679/2016 *Breith. 2025, 916*

Bürgerliches Gesetzbuch

§ 133 BGB s. § 5 Abs. 1 Nr. 11 SGB V *Breith. 2025, 833*

§ 398 BGB s. §§ 4 Abs. 1, 33, 40 Abs. 4 SGB XI *Breith. 2025, 845*

§ 611a Abs. 1 Satz 1 BGB s. §§ 2 Abs. 1 Nr. 1, 8 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 2 Nr. 1 und Nr. 5 SGB VII *Breith. 2025, 865*

Zivilprozessordnung

§ 292 ZPO s. § 46 Abs. 2 und 2a SGB VI *Breith. 2025, 883*

§ 301 ZPO s. § 5 Abs. 1 Nr. 11 SGB V *Breith. 2025, 833*

Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland

Art. 3 Abs. 1, Art. 6 Abs. 1 GG s. §§ 10 Abs. 3, 224 Abs. 1, 240 Abs. 1 Satz 1 und 2, Abs. 2 Satz 1, Abs. 5 Satz 1 SGB V *Breith. 2025, 852*

Art. 20 GG s. § 151 Abs. 5 SGB III *Breith. 2025, 913*

Verordnung (EU) Nr. 679/2016 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung)

Art. 2 Abs. 2 Buchst. a, Art. 4 Nr. 2, Art. 12 Abs. 3 Satz 1, Art. 15 Abs. 1 und Abs. 3, Art. 77 ff., Art. 79 Abs. 1, Art. 82 Abs. 1, Erwägungsgrund 75 und 85 Satz 1 VO (EU) Nr. 679/2016; §§ 54 Abs. 5, 55 Abs. 1 Nr. 1, 183, 197a Abs. 1 SGG; § 154 VwGO; § 11 SGB I

1. Das Erteilen einer Auskunft im Sinne der Datenschutz-Grundverordnung (VO (EU) Nr. 679/2016) ist eine Verarbeitung von Daten.

2. Auch die verspätete Auskunft stellt einen Verstoß gegen die Datenschutz-Grundverordnung dar, die einen Schadenersatzanspruch begründen kann.

3. Die Feststellung eines Verstoßes gegen die Rechte aus der Datenschutz-Grundverordnung kann Gegenstand einer Feststellungsklage nach nationalem Recht sein.

Entscheidungen

(nach Gericht und Verkündungsdatum)

Bundessozialgericht

27.6.2024	B 2 U 8/22 R	865
20.2.2024	B 12 KR 1/23 R	852
27.6.2024	B 3 KS 1/23 R	849
24.9.2024	B 7 AS 15/23	916

Landessozialgerichte

Bay. LSG

25.9.2024	L 16 SF 210/24 AB	927
-----------	-------------------------	-----

LSG Baden-Württemberg

20.5.2025	L 6 VE 1517/25 ER-B	890
-----------	---------------------------	-----

LSG Hamburg

26.3.2025	L 2 AL 15/24	913
-----------	--------------------	-----

LSG Mecklenburg-Vorpommern

24.4.2025	L 4 R 189/19	883
-----------	--------------------	-----

LSG Saarland

26.2.2025	L 2 KR 20/24	833
-----------	--------------------	-----

LSG Sachsen

12.6.2025	L 7 R 25/25 ZV	872
-----------	----------------------	-----

LSG Sachsen-Anhalt

27.1.2025	L 1 P 14/23	845
22.5.2025	L 6 U 45/23	861

Sozialgerichte

SG Osnabrück

15.5.2025	S 44 AY 10/25 ER	902
-----------	------------------------	-----

Ab 1.1.2026 beträgt der Jahresbezugspreis EUR 290,40.

Breithaupt Sammlungen von Entscheidungen aus dem Sozialrecht (Breith.)

Schriftleitung: Susanne Kunz, Richterin am Bay. LSG, München

Redaktion: Richard Boorberg Verlag GmbH & Co KG, Doris Reif, Ass. iur. (V.i.S.d.P.), Lektorat Sozialrecht, Postfach 80 03 40, 81603 München.

Urheber- und Verlagsrechte: Alle Urheber- und Verlagsrechte, ausdrücklich auch die Übersetzung in andere Sprachen und Schriften, die Auswertung für Datenträger, die Vervielfältigung jeder Art oder der Nachdruck von Beiträgen und Gerichtsentscheidungen – auch auszugsweise – bleiben vorbehalten; es bedarf in jedem Einzelfall der vorherigen Zustimmung des Verlags.

Mit der Annahme des Beitrags zur Veröffentlichung erwirbt der Verlag alle ausschließlichen Verlagsrechte für die Zeit des Bestehens des Urheberrechts. Diese umfassen insbesondere auch das Recht zur Herstellung elektronischer Versionen und die Befugnis zur Einspeicherung des Beitrags in eine Datenbank, verbunden mit dem Recht zu deren Vervielfältigung und Verbreitung (online oder offline) zu gewerblichen Zwecken ohne zusätzliche Vergütung.

Das ausschließliche Recht an einer elektronischen Version des Beitrags erwirbt der Verlag ohne zeitliche Begrenzung.

Die Nutzung sämtlicher Inhalte für das Text- und Data-Mining ist ausschließlich dem Richard Boorberg Verlag GmbH & Co KG vorbehalten. Der Verlag untersagt eine Vervielfältigung gemäß § 44b Abs. 2 UrhG ausdrücklich.

Verlag: Richard Boorberg Verlag GmbH & Co KG, Levelingstraße 6a, 81673 München; Telefon 0 89/43 60 00-20; Fax 0 89/4 36 15 64; www.boorberg.de; E-Mail: mail@boorberg.de
Anfragen gemäß EU-Verordnung über die allgemeine Produktsicherheit (EU) 2023/988 (General Product Safety Regulation – GPSR) richten Sie bitte an: Richard Boorberg Verlag GmbH & Co KG, Produktsicherheit, Scharrstraße 2, 70563 Stuttgart; E-Mail: produktsicherheit@boorberg.de

Verantwortlich für den Anzeigenteil: Dieter Müller, Richard Boorberg Verlag GmbH & Co KG, 70551 Stuttgart; Telefon 07 11/7 38 50; Fax 07 11/7 38 51 00; E-Mail: anzeigen@boorberg.de. Anzeigenpreisliste Nr. 8 vom 1. 1. 2023 ist zurzeit gültig.

Satz: Reemers Publishing Services GmbH, Luisenstraße 62, 47799 Krefeld.

Druck: Liskow Druck und Verlagsgesellschaft mbH, Oldenburger Allee 23, 30659 Hannover.

Erscheinungsweise: am 25. jeden Monats.

Bezugspreis: jährlich EUR 282,- einschl. Versandkosten; Einzelheft EUR 27,- zzgl.

Versandkosten. Die Berechnung des Abonnements erfolgt jährlich im Voraus.

Bestellungen nehmen der Verlag und alle Buchhandlungen entgegen. Eine Abbestellung kann frühestens zum Jahresende gültig werden, wenn sie spätestens sechs Wochen vorher dem Verlag vorliegt.

ISSN 0342-2003